

einem Gaststatus in die Parlamentarische Versammlung aufzunehmen, wenn Oppositionsvertreter in solchen Delegationen vertreten wären, stieß das noch auf große Skepsis. Zwei Jahre später war man froh, daß man den Gaststatus hatte. Der erste prominente Redner aus diesem Lager war Gorbatschow im Mai 1989.

Ich sage das deswegen, weil er wenige Tage später in China war und erlebte, wie dort die Studenten den Platz des Himmlischen Friedens belagerten und daß das Haus, in dem der Volkskongreß und die politische Leitung Chinas tagten, belagert war. Gorbatschow hat gesehen, wie die chinesische Führung dort operierte. Das hat sicherlich auch seine Haltung im Herbst 1989 mit bestimmt. Dies gehört dazu. Es ist nicht so gewesen, daß dies alles die offizielle Ebene nicht berührt hat.

Ich möchte auch noch abschließend ein Wort gerade zugunsten der deutschen Diplomaten sagen. Die politische Leitung des Hauses hat sie nicht immer groß gestützt; aber sie hat sie gewähren lassen. Sie waren wie die deutschen Parlamentarier unter den am intensivsten Mitarbeitenden in den internationalen Gremien, die sich für Menschenrechte gerade auch im östlichen Mitteleuropa eingesetzt haben, auch wenn die Kontakte zu den Oppositionsgruppen nicht unmittelbar bestanden. Aber es gab ein Stück mittelbare Information und den Versuch, das umzusetzen. Das kann man nicht bestreiten. Ich habe es an mehreren Beispielen erlebt.

Abg. Frau Wilms (CDU/CSU): Eine Ergänzung dazu, Herr Soell: Vielleicht ist es ebenfalls historisch von Interesse, daß bei den Konferenzen der KSZE zur Weiterentwicklung der Menschenrechte immer auch ein Beamter des innerdeutschen Ministeriums zusätzlich zu den Beamten des Auswärtigen Amtes mit dabei war. Ich glaube, daß das zur Abrundung des Bildes gehört.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich danke für die Teilnahme an der Diskussion. Besonders danke ich denjenigen aus der ehemaligen CSSR, die hier gesprochen haben. Ich darf mit dem Titel eines Buches von Ján Patočka – er ist eben schon genannt worden; er starb zwei Monate, nachdem die Charta 77 gegründet wurde –, der zur damaligen Zeit eine bedeutende Rolle gespielt hat, enden. Er hat ein Buch mit der Überschrift „Die Solidarität der Unterdrückten“ – die Solidarität der Unterdrückten ist heute zur Sprache gekommen – geschrieben. Wir sagen denen, die damals unterdrückt waren – wie soll ich es sagen; unsere nachträgliche Solidarität können wir ihnen nicht mehr geben. Ich bedauere, daß es in jener Zeit nicht immer genug Solidarität gegenüber den Unterdrückten gegeben hat. Die Diskussion heute morgen mag vielleicht ein wenig zur Linderung der entgangenen Solidarität beigetragen haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pause kann jetzt wirklich nur in einem ganz kurzen Aufstehen und Wiederhinsetzen bestehen. Denn jeder, der auf

die Uhr sieht, stellt fest, daß die Mittagspause schon längst vorbei ist und daß wir uns bereits eine halbe Stunde mit dem zweiten Thema beschäftigen sollten. Wenn wir das zweite Thema genauso ernst nehmen wollen wie das erste, müssen wir sofort weitermachen, weil Endzeiten entweder durch den Kalender oder durch Abflugtermine gesetzt sind. Ich bitte also um Verständnis dafür, daß wir sofort weitermachen.

Wir haben von der Methode her ähnliches für den Bereich Solidarnosc und Polen vor, wie wir es bei den Themen 1968, Charta 77 und Tschechoslowakei gemacht haben. Das bedeutet, es wird eine kurze Einführung des Gesprächsleiters geben – das wird in diesem Falle Markus Meckel sein – und dann ein Podiumsgespräch mit der Möglichkeit der Mitglieder der Enquete-Kommission, in dieses Gespräch einzugreifen.

(Kurze Unterbrechung)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Auch wenn wir jetzt noch wenige hier im Saal sind, wollen wir beginnen. Wir können zwischen verschiedenen Übeln wählen. Ich denke, wir sollten nicht das Übel wählen, diejenigen, die nun hier vorne sitzen, so zu benachteiligen, daß sie kaum noch zu Wort kommen können. Jeder, der jetzt nicht anwesend ist, kann es dann zumindest im Protokoll lesen. Vielleicht gesellt sich während meiner Einführungsbemerkungen ja noch der eine oder andere in unsere Runde.

Es gibt verschiedene deutsch-polnische Nachkriegsgeschichten. Diese verschiedenen Geschichten resultieren daraus, daß es zwei deutsche Staaten gab, die zudem jeweils keine einheitliche Geschichte ihres Verhältnisses zu Polen hatten. Das heißt, es gab hier nicht nur Veränderungen, sondern gleichzeitig unterschiedliche Strömungen oder jeweils Vorläufer von Veränderungen.

Die DDR-Politik gegenüber Polen war durch die sofortige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahre 1950 gekennzeichnet. Dies war wichtig, wenn auch nicht so wichtig wie dann die Anerkennung Jahrzehnte später. Ansonsten war die Beziehung der DDR-Regierung zu Polen, wie wir alle wissen, durch „große Freundschaft“ gekennzeichnet. Sie beruhte auf der Ideologie, die wiederum nicht Sache der jeweiligen Bevölkerung war, so daß sie auf sehr wackeligen Füßen stand. Diese auf Ideologie beruhende Freundschaft war im Hintergrund auch nicht immer so freundschaftlich, wie sie sich nach außen hin darstellte.

Es gab in der DDR eine andere, kleine Geschichte des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen, nämlich die der Kirchen und der Opposition, ebenfalls jeweils in sich differenziert, die eine Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Polen als Aufgabe verstanden und versuchten, dies dann in den konkreten Kontakten umzusetzen.

Es gab natürlich – dies ist heute für uns ein besonderes Thema – die Geschichte des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, eine